

Glück auf!




METALLER



HERBST



 Mehr KAUFKRAFT!

Inhalt:

WIR METALLER FÜR UNSEREN KOLLEKTIVVERTRAG!

Die Herbstlohnrunde 2013 hat begonnen. Im Vorjahr haben die Gewerkschaften den einheitlichen Kollektivvertrag für die 180.000 Beschäftigten in Metallindustrie und Bergbau verteidigen können. Doch die Arbeitgeber der Metallindustrie setzen diesen Herbst fort, was sie im Vorjahr begonnen haben: den Versuch, den gemeinsamen Kollektivvertrag zu zerstören. Der Kampf für einen starken Metaller-KV geht weiter. *Seiten 4 bis 9*

DIE FREIZEITOPTION IM PRAXISCHECK

In der Elektro- und Elektronikindustrie bot die innovative Freizeitoption den Beschäftigten neue Möglichkeiten zur individuellen Arbeitszeitgestaltung. Die „Glück auf!“ fragte Siemens-Betriebsrat Paul Kovanda nach den ersten Praxiserfahrungen.

Seite 9

KÜHLE TECHNIK

ACC Austria produziert Kältekompressoren für Kühlschränke. Nach einigen Schwierigkeiten blickt das Unternehmen wieder optimistisch in die Zukunft. Die „Glück auf!“ begab sich ins steirische Fürstenfeld zu einem Betriebsbesuch.

Seiten 16 bis 17

GEWERKSCHAFTSTAG 2013

Nach den seit März laufenden Landeskonferenzen setzten die Bundesjugend- und die Bundesfrauenkonferenz im September zwei letzte Höhepunkte, bevor im November der 2. Gewerkschaftstag der PRO-GE starten kann.

Seiten 10 bis 13

KROATIEN IN DER KRISE

Seit 1. Juli ist Kroatien das jüngste Mitgliedsland der EU. Doch das Land steckt in einer tiefen Wirtschaftskrise. Die Jugendarbeitslosigkeit ist dramatisch. Für die kroatischen Gewerkschaften stärkt der Beitritt die Hoffnung auf bessere Zeiten.

Seite 19

IMPRESSUM:

Glück auf! – Zeitschrift für Mitglieder der Gewerkschaft PRO-GE. ZVR-Nr.: 576439352. DVR-Nr.: 0046655. Herausgeber: Österreichischer Gewerkschaftsbund, Gewerkschaft PRO-GE, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, (01) 534 44-69. Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1; Tel.: (01) 662 32 96-0, Fax: (01) 662 32 96-39793, E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at. Leitung: Mathias Beer. Chef vom Dienst: Robert Wittek. Redaktion (glueckauf@proge.at): Mathias Beer, Karin Prokop, Wolfgang Purer, Robert Hauser, Martina Schneller. Grafik & Layout: Peter-Paul Waltenberger, Niki Menger (Titel). Fotos: PRO-GE, Fotolia, Attac, Alpentherme Gastein. Rätsel: Vera Ribarich. Hersteller: Leykam Druck-GmbH & Co KG, 7201 Neudorf, Blickfordstraße 1. Redaktionsschluss der folgenden Ausgabe: 18. November 2013.

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25: www.glueckauf.at/offenlegung

Déjà-vu des Monats

Die ewige Mogelpackung

Herbstlohnrunde 2013: Einmal mehr fordert der Fachverband Maschinen- und Metallwarenindustrie (FMMI) eine „Arbeitszeitflexibilisierung“. Einmal mehr verbirgt sich dahinter nur: Mehr arbeiten für weniger Geld. Glaubt man den Arbeitgebern, hängt praktisch von der „Arbeitszeitflexibilisierung“ alleine, Untergang oder Höhenflug der österreichischen Wirtschaft ab. Im Mai war das Thema dem FMMI allerdings nicht so wichtig: Zu Gesprächen über das PRO-GE-Modell einer Arbeitszeitflexibilisierung, von der auch die ArbeitnehmerInnen profitieren, ist der FMMI nicht einmal erschienen. Ein Widerspruch? Nicht für die Verhandler des FMMI, denn ihr Interesse gilt in Wahrheit nicht flexibleren Arbeitszeiten zum Vorteil von Beschäftigten und Unternehmen. Ihr eigentliches Ziel ist einmal mehr: Lohnkürzung durch die Hintertür.

KURZ NOTIERT



Filmfans aufgepasst!

Deutlich gewachsen präsentiert sich „Hunger.Macht.Profite.6“ von 6. bis 29. November. Die sechste Auflage der von der PRO-GE unterstützten Filmtage zum Recht auf Nahrung findet an 16 Veranstaltungsorten in sechs Bundesländern statt. Auf dem Programm stehen heuer zwölf kritische Filme über unser Agrar- und Ernährungssystem, die Ungerechtigkeiten und Profiteure sichtbar machen.

Mehr Information unter www.HungerMachtProfite.at

Weltweit 168 Millionen KinderarbeiterInnen

Laut einem neuen Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ist Kinderarbeit seit dem Jahr 2000 um ein Drittel zurückgegangen. Allerdings müssen immer noch weltweit 168 Millionen Kinder regelmäßig arbeiten. Mehr als die Hälfte von ihnen verrichtet Arbeit, die ihre Gesundheit oder Sicherheit gefährdet. Es gebe einen Fortschritt, aber der sei immer noch zu langsam, stellte ILO-Generaldirektor Guy Ryder fest und forderte verstärkte Bemühungen auf allen Ebenen, um Kinderarbeit in absehbarer Zukunft ein Ende zu bereiten.



Trotz Krankheit in der Arbeit?

Schikanen im Krankenstand sind in der Arbeitswelt trauriger Alltag. Das ist das Fazit einer Umfrage der Arbeiterkammer Wien. Neun von zehn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sind schon einmal krank in die Arbeit gegangen. Fast jede/r Zehnte wurde zumindest einmal im Zusammenhang mit Krankenstand zu einer einvernehmlichen Lösung des Arbeitsverhältnisses oder Selbstkündigung gedrängt. Elf Prozent der Befragten wurden schon im Krankenstand gekündigt oder entlassen. Die AK fordert unter anderem eine verpflichtende Beziehung des Betriebsrates bei einvernehmlichen Lösungen.

Produktion: Wettbewerbsfähigkeit gestiegen

Die Lohnstückkosten (Arbeitskosten je Produktionseinheit) sind laut WIFO in Österreich weniger gestiegen als bei unseren Handelspartnern. 2012 sind die Lohnstückkosten in den Handelspartnerländern um rund vier Prozent gestiegen, beim wichtigsten Handelspartner Deutschland sogar um fast fünf Prozent. In Österreich war der Anstieg mit nur drei Prozent deutlich geringer. Die österreichische Produktion ist also im Vergleich zur deutschen um fast zwei Prozent günstiger geworden. Zudem glänzt Österreichs Industrie laut EU-Kommission mit der EU-weit dritthöchsten Arbeitsproduktivität (siehe Seite 6).



Rainer Wimmer,
Bundesvorsitzender der PRO-GE

KLARES NEIN ZUM 12-STUNDEN-TAG

Vor der Nationalratswahl haben einige Politiker und Wirtschaftsvertreter eine Arbeitszeit-Debatte losgetreten. „Die tägliche Höchstarbeitszeit von zehn Stunden muss fallen“, forderte etwa die Industrie bereits im Sommer. Jetzt wollen die Arbeitgeber des Fachverbandes Maschinen- und Metallwarenindustrie (FMMI) diese neoliberalen Ansagen bei den Kollektivvertragsverhandlungen in die Tat umsetzen.

Das ist ein erneuter Generalangriff des FMMI auf den starken Kollektivvertrag der Metallindustrie. Das sogenannte Beschäftigungssicherungsmodell der Arbeitgeber ist in Wahrheit ein Lohnkürzungsprogramm verbunden mit Arbeitszeiten wie vor rund 130 Jahren. Schutzbestimmungen für die Beschäftigten sollen aus dem KV gestrichen werden. Die Gestaltung der Normalarbeitszeit soll gänzlich dem Willen der Unternehmer unterworfen werden. Zehn bis zwölf Stunden tägliche Normalarbeitszeit sollen künftig möglich sein. Dies würde bedeuten: Arbeiten bis zum Umfallen, eine 50- bis 60-Stunden-Woche ohne Überstundenzuschläge!

Die Betriebsrätinnen und Betriebsräte sowie die PRO-GE werden sich in den nächsten Tagen und Wochen dagegen massiv zur Wehr setzen. Wir sagen klar Nein zu einem Zwölf-Stunden-Tag, denn es geht um die Einkommen der Menschen. Ein Beschäftigter mit derzeit durchschnittlich fünf Überstunden pro Woche würde mit dem Modell der Arbeitgeber zwischen 2.500 bis 4.000 Euro weniger bezahlt bekommen. Hinzu kommt, dass die Arbeitgeber über die Höhe der Inflationsrate als Basis für die Lohnerhöhung streiten. In den KV-Verhandlungen ist immer die Inflation der vergangenen zwölf Monate vor den Verhandlungen betrachtet worden: Heuer beträgt diese 2,4 Prozent. Der FMMI will nun aber von der aktuellen monatlichen Inflationsrate ausgehen – im August lag diese bei 1,8 Prozent. Diese unverschämte Verhandlungsweise ist eine Ohrfeige für die Beschäftigten.

So geht man mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nicht um, die hart arbeiten und unter den steigenden Lebenshaltungskosten stöhnen. Die Vorhaben der Arbeitgeber liegen nun auf dem Tisch. Wir werden kämpfen: Für unseren Kollektivvertrag und für ordentliche Lohnerhöhungen, um die Kaufkraft der Menschen zu stärken. Die Arbeitgeber haben nie freiwillig mehr Geld „rausgerückt“. Die ArbeitnehmerInnen mussten immer um jede Lohnerhöhung kämpfen. Das ist auch dieses Jahr so.

Glück auf!
Rainer Wimmer



Herbstlohnrunde

Stahlharter Kampf um den Kollektivvertrag



LINKTIPP:

Mehr Informationen unter
www.lohnrunden.at

Die Herbstlohnrunde läuft. Die großen Bereiche Metallindustrie mit rund 180.000 Beschäftigten und Metallgewerbe mit etwa 200.000 Beschäftigten starteten zeitgleich am 20. September jeweils mit der Forderungsübergabe.

Während die Arbeitgeber des Gewerbes auf eine funktionierende Sozialpartnerschaft setzen, versuchen die Unternehmer in der Industrie weiterhin alles, um den erfolgreichen Kollektivvertrag zu zerstören. Obwohl Wirtschaftsstudien Österreich im Spitzenfeld sehen, glauben immer mehr Arbeitgeber in der Industrie, das Heil in Lohnzurückhaltung und längeren Arbeitszeiten zu finden. Allerdings scheint Zurückhaltung für Eigentümer und Manager nicht zu gelten. Auch heuer gibt es Gewinnausschüttungen in Milliardenhöhe und steigende Managergehälter.



2.500 Betriebsrätinnen und Betriebsräte legten in Wien die Marschroute fest.

2.500 Betriebsrätinnen und Betriebsräte der Metallindustrie setzten am 20. September in Wien mit einer Auftaktkonferenz ein deutliches Signal an die Arbeitgeber: „Wenn die Fachverbände antreten, um unseren gemeinsamen Kollektivvertrag (KV) zu zerstören, müssen sie mit unserem entschlossenen Widerstand rechnen. Der gemeinsame Kollektivvertrag ist das äußere Zeichen für unsere Werte Gleichheit und Solidarität. Unsere Grundsätze sind weder verhandelbar noch käuflich“, heißt es in der einstimmig beschlossenen Resolution. „Wir werden die Zerstörung des erfolgreichen Kollektivvertrages Metallindustrie nicht zulassen. Am Ende der Verhandlungen mit den sechs



Fachverbänden muss ein einheitlicher Kollektivvertrag stehen“, fassten die beiden Verhandlungsleiter der Gewerkschaften Rainer Wimmer (PRO-GE) und Karl Proyer (GPA-djp) zusammen.

Drohungen gegen BetriebsrätInnen. Wie bekannt wurde, sind einige Betriebsrätinnen und Betriebsräte, die zur KV-Auftaktkonferenz fahren wollten, massiv unter Druck gesetzt worden. Sie wurden verwarnet und ihnen wurden für den Wiederholungsfall arbeitsrechtliche Konsequenzen angedroht. Eigentlich ein Skandal in einem Land wie Österreich. Nach Rechtsauffassung der Gewerkschaften darf nämlich eine Teilnahme an einer derartigen BetriebsrätInnen-Konferenz, unabhängig von der Frage einer Betriebsrats-Freistellung, weder verboten noch sanktioniert werden. Dies ist durch die europäische Menschenrechtskonvention abgesichert und steht bereits seit 1964 im Verfassungsrang.

Streit um Inflationsrate. Während die Sozialpartnerschaft im Metallgewerbe – trotz massiver gegensätzlicher Positionen – sehr konstruktiv ist und Handschlagqualität hat, ist dies in der Industrie nicht mehr der Fall. Vor allem der Fachverband Maschinen- und Metallwarenindustrie (FMMI) will scheinbar mit der Sozialpartnerschaft aufräumen. Dies ist der Grund, warum in der

Metallindustrie heuer – zum zweiten Mal – nicht für alle Verbände gemeinsam verhandelt wird, sondern die sechs Fachverbände einzeln antreten. Geht es nach den FMMI-Chefverhandlern, sollen zum Beispiel sogar Lohnerhöhungen künftig auf Betriebsebene (!) ausverhandelt werden. Auch über die Höhe der den Verhandlungen zugrunde liegenden Inflationsrate wurde gleich zu Beginn gestritten. Geht es nach dem FMMI, sollte die aktuelle Monatsinflation (1,8 Prozent im August) gelten und nicht wie bisher der Durchschnitt der letzten zwölf Monate. Nicht einmal die traditionelle Forderungsübergabe am Beginn der Verhandlungen wurde eingehalten. Die Gewerkschaften wollten den sechs Arbeitgeberverbänden der Metallindustrie, wie bisher üblich, gemeinsam ihren Forderungskatalog persönlich in der Wirtschaftskammer übergeben. Dazu sahen sich drei der sechs Fachverbände außer Stande, schließlich verhandle man ja auch nicht gemeinsam.

Die Herbstlohnrunde läuft.

Ab Mitte Oktober sind viele Verhandlungen angesetzt. Aktuelle Infos und alle Kollektivvertragsabschlüsse gibt es unter www.proge.at

Milliarden für Eigentümer. Keine Überraschung war das düstere Bild, das die Industrievertreter am Beginn der Lohnverhandlungen von der Wirtschaft zeichneten. Die Wirklichkeit sieht zum Glück positiver aus: Seit 2007 ist der Produktionswert in der Metallindustrie um sechs Milliarden auf 59 Milliarden Euro gestiegen. Die Metallindustrie ist erfolgreich unterwegs. Dies zeigen auch die Gewinn-Ausschüttungen von etwa zwei Milliarden Euro an die Eigentümer und Muttergesellschaften.

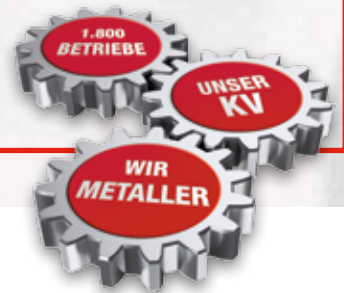
„An einer ordentlichen Lohnerhöhung führt aufgrund der wirtschaftlichen Ergebnisse kein Weg vorbei, die Betriebsrätinnen und Betriebsräte erwarten für ihre Beschäftigten einen entsprechenden Anteil, wie ihn Eigentümer und Management bereits in ihrer Tasche haben“, stellte Rainer Wimmer schon beim KV-Start klar.

Förderungsprogramm Metallindustrie

- Erhöhung der Mindestlöhne bzw. Mindestgehälter
- Erhöhung der Ist-Löhne bzw. Ist-Gehälter unter besonderer Berücksichtigung der BezieherInnen niedriger Einkommen
- Aufrechterhaltung der Vertragsgemeinschaft der sechs Fachverbände
- Erhöhung der im Kollektivvertrag angeführten Zulagen und Aufwandsentschädigungen im Ausmaß der Erhöhung der Mindestlöhne und -gehälter
- Erhöhung der Lehrlingsentschädigungen im Ausmaß der Erhöhung der Mindestlöhne und -gehälter
- Rahmenrechtliche Verbesserungen:
 - Zusätzlich bezahlte Freizeit bei besonders belastender Arbeit
 - Verbesserung der Anrechnung von Karenzen für dienstzeitabhängige Ansprüche
- Geltungstermin: 1. November 2013

Förderungsprogramm Metallgewerbe

- Erhöhung der Mindestlöhne
- Erhöhung der Ist-Löhne unter besonderer Berücksichtigung der BezieherInnen niedriger Einkommen
- Erhöhung der im Kollektivvertrag angeführten Zulagen und Aufwandsentschädigungen im Ausmaß der Erhöhung der Mindestlöhne bzw. Ist-Löhne
- Erhöhung der Lehrlingsentschädigungen im Ausmaß der Erhöhung der Mindestlöhne
- Rahmenrechtliche Verbesserungen, insbesondere:
 - Einführung des Monatslohnes
 - Verbesserung bei der Übernahme der Internatskosten
 - Verlängerung der Kündigungsfristen
- Geltungstermin: 1. Jänner 2014



Wettbewerbsfähigkeit

Unsere Industrie an der EU-Spitze



Von „abgesandelt“ kann keine Rede sein. Im aktuellen Bericht zur Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in den EU-Staaten bekommt Österreich Spitzennoten.

Österreich liegt bei einem Vergleich der Wettbewerbsfähigkeit in der EU im Spitzenfeld der 28 Mitgliedsstaaten. Die EU-Kommission sieht Österreich gemeinsam mit Deutschland, Dänemark, Schweden und Luxemburg unter den fünf führenden Staaten.

Der Bericht basiert auf zehn Indikatoren. Zu diesen zählen Arbeitsproduktivität, Ausbil-

dung, Exporte, Innovation, Energieintensität, Energiekosten, geschäftliches Umfeld, geeignete Infrastruktur, Zugang zu Krediten sowie Investitionen in die Industrie.

Hohe Produktivität. Österreich wird von der Kommission eine „solide Leistung in vielen Bereichen“ bescheinigt. Auf kurze Sicht gesehen werde es keine Engpässe geben. Lob der EU-Kommission gab es vor allem für die Arbeitsproduktivität Österreichs, die weiterhin über dem EU-Durchschnitt liegt. Ungeachtet der hohen Produktivität Österreichs stellt aber ein Mangel an Fachkräften sowie Forscherinnen und Forschern ein Risiko dar. Um für die Zukunft gerüstet zu sein, „wäre eine verbesserte Leistung des Schul- und Berufsbildungssystems angezeigt“.

Einkommen und Beschäftigung

Hohe Löhne vertragen sich mit hoher Wettbewerbsfähigkeit

„Wettbewerbsfähigkeit ist mehr als niedrige Kosten. Vielmehr geht es darum, gesellschaftliche Ziele zu erreichen, wie hohes Einkommen, Beschäftigung, sozialer Zusammenhalt und ökologische Nachhaltigkeit. Mit diesem Konzept kann man auch international gut bestehen“, forderte WIFO-Chef Karl Aiginger ein Umdenken in der Wirtschaftspolitik.



In Europa seien so unterschiedliche Länder wie die Schweiz, Dänemark, Schweden, die Niederlande oder Österreich bei sozialen und ökologischen Kriterien weit vorne und zugleich erfolgreich im Außenhandel. Gegenbeispiel seien südeuropäische Länder, die durch drastische Sparmaßnahmen zwar die Lohnsteigerungen der letzten zehn Jahre rückgängig gemacht haben, trotzdem aber international nicht wettbewerbsfähig sind und kein Wirtschaftswachstum er-

reichen, „weil sie bei anderen Leistungsfaktoren Defizite haben“, meint der Wirtschaftsforscher. Das gehe von der fehlenden Berufsausbildung bis zum Rückstand bei erneuerbaren Energien.

Beispiel Dänemark. Dänemark habe etwa seit 1970 die Wirtschaftsleistung verdoppelt, während der Bedarf an Primärenergie nur um vier Prozent gestiegen sei. Fossile Energieträger seien sogar um knapp ein Viertel zurückgegangen. Das Land scheue bei der Umstellung keine Kosten. Ab 2016 dürfe kein Gebäude mit Gas- oder Ölhei-

zung mehr errichtet werden. Dänemark setze auf teure Lösungen, führe aber beim Wirtschaftswachstum, alternativen Energieträgern und sozialem Ausgleich.

AKTUELLE KOLLEKTIVVERTRAGSABSCHLÜSSE

Ab 1. Juni:

Textilgewerbe: KV-Löhne Lohngruppen 1–9: +2,8 Prozent, Lohngruppen 10–12: +2,6 Prozent, neuer Mindestlohn 1.177,76 Euro, Lehrlingsentschädigung +2,8 Prozent; Zulagen, Zuschläge und Prämien +2,8 Prozent; Überarbeitung des Rahmenrechts in Arbeitsgruppe.

Ab 1. Juli:

Ledererzeugende Industrie: KV-Löhne +2,6 Prozent, neuer Mindestlohn 1.188,15 Euro; Aufrechterhaltung der bestehenden Überzahlung; Lehrlingsentschädigungen +2,6 Prozent; Anrechnung von Karenzen bis zu max. 22 Monaten für alle dienstzeitabhängigen Ansprüche, Modernisierung des Lohngruppenschemas bis 31. Dezember 2013.

Ab 1. August:

Mühlenindustrie: KV-Löhne, Lehrlingsentschädigungen und sämtliche Zulagen laut Lohnvertrag durchschnittlich +2,9 Prozent, neuer Mindestlohn 1.730,67 Euro; Überzahlungen bleiben in voller Höhe aufrecht.

Mühlengewerbe: KV-Löhne inklusive Lehrlingsentschädigungen durchschnittlich +2,82 Prozent, neuer Mindestlohn 1.179,79 Euro, günstigere

betriebliche Regelungen bleiben aufrecht; Überprüfung der letzten zwei Lohnkategorien auf Relevanz in der betrieblichen Arbeitspraxis.

Gewerbliche Mischfuttererzeugung: KV-Löhne inklusive Lehrlingsentschädigungen durchschnittlich +2,81 Prozent, neuer Mindestlohn 1.355,63 Euro, günstigere betriebliche Regelungen bleiben aufrecht.

Ab 1. September:

Futtermittelindustrie: KV-Löhne +2,81 Prozent, neuer Mindestlohn 1.384,23 Euro, Überzahlungen bleiben in euromäßigem Ausmaß aufrecht; überproportionale Erhöhung der Dienstalterszulagen bis zu 6,7 Prozent; Reisekostenentschädigungen bzw. Zehrgelder erhöht.

Zuckerindustrie: KV-Löhne +2,9 Prozent, neuer Mindestlohn 1.526,25 Euro, Lehrlingsentschädigungen +2,9 Prozent; Zulagen und DAZ +2,9 Prozent, Zulage 3 von 110,- Euro auf 120,- Euro; Jubiläumsgeld NEU für 15 Dienstjahre ein Monatsgrundlohn, Neuregelung für Dienstreisen.

Alle KV-Abschlüsse der PRO-GE: www.lohnruenden.at

7. Oktober ist Welttag für menschenwürdige Arbeit!

Großes Leid für billige Schokolade. Südwind und die PRO-GE machen anlässlich des Welttages für menschenwürdige Arbeit auf die Missstände in der Schokoladeindustrie aufmerksam und fordern von den Unternehmen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in der Schokoladeproduktion.

Die Kampagne „Make Chocolate Fair!“ setzt sich für fairen Handel in der Schokoladeproduktion ein. Gemeinsam mit drei Organisationen in Deutschland, Tschechien und Estland koordiniert Südwind die europaweite Kampagne in 16 EU-Ländern und wird dabei von zahlreichen gewerkschaftlichen, kirchlichen und entwicklungspolitischen Organisationen unterstützt.

www.suedwind-agentur.at

Make
Chocolate
Fair



Top-Angebote und Ermäßigungen nur für Mitglieder



Mit der PRO-GE Card erhalten Mitglieder zahlreiche Vergünstigungen und Angebote rund um Auto, Bildung, Gesundheit, Kultur, Urlaub und vieles mehr in ganz Österreich.

- 10 Prozent Rabatt auf Motortuning, Reparaturen, Ersatzteile bei Sonnleitner Motorsport in 3262 Wang
- 10 Prozent Ermäßigung im Hotel Schwarzbrunn****sup in 6135 Stans
- 10-Euro-Gutschein bei Woody Holzschuhe in 9123 St. Primus
- 45 Prozent Ermäßigung auf Pkw-Starterbatterien, 35 Prozent auf Motorradbatterien und 20 Prozent auf Bleibatterien im Batterie Center West in 6020 Innsbruck
- 15 Prozent Rabatt bei Slim in 1020 Wien

Mehr Angebote auf www.proge.at

this human world – 5. bis 12. Dezember 2013

Internationales Filmfestival der Menschenrechte. Das internationale Filmfestival „this human world“ wird am 5. Dezember 2013 zum sechsten Mal im Wiener Gartenbaukino eröffnet. Eine Woche lang werden nationale und internationale Filmproduktionen präsentiert, die sich mit Menschenrechtsthemen auseinandersetzen. Dazu werden dem Publikum Diskussionsveranstaltungen angeboten.

www.thishumanworld.com



SPIELEFEST 2013

Auf die Plätze, fertig, spielen!



Das 29. Spielefest geht von 8. bis 10. November im Austria Center Vienna über die Bühne.

Dann darf gewürfelt, gespielt und taktiert werden bis die Finger glühen. Hunderte aktuelle Spiele-Neuheiten, Spiele-Hits sowie zahlreiche bekannte Klassiker warten in Europas größter Spielothek darauf, ausgeborgt und auf über 1.500 Tischen getestet zu werden. Dazu gibt es ein tolles Rahmenprogramm und viele prominente Gäste.

Eintrittspreise:

€ 10,- Normalpreiskarte
 € 8,- ermäßigter Eintritt (Jugendliche von 10 bis 18, Studenten bis 27, Pensionisten ab 60, Behinderte, Zivildienstler, Soldaten)
 € 5,- Kinder von 6 bis 9
 frei: Kinder im Vorschulalter
 Schulklassen, Kindergärten, Horte in Begleitung der Aufsichtsperson haben am 8. November freien Eintritt.

Wo: Austria Center Vienna
 1220 Wien, Bruno-Kreisky-Platz 1
www.spielefest.at

BUCHTIPP

HETZER STOPPEN!

Propaganda entlarven. Vorurteile entkräften.

Buch und Hörbuch wenden sich an Menschen, für die Zivilcourage mehr ist als ein Schlagwort. Sie sind für diejenigen, die dem demagogischen Klima, das sich am Arbeitsplatz, im persönlichen Umfeld und in der Öffentlichkeit auszubreiten droht, etwas entgegensetzen wollen.

Mithilfe dieses Buches/Hörbuches wirst du die Tricks der Demagogen durchschauen. Du findest darin Infos und Tipps, die dir helfen, in schwierigen Gesprächssituationen Vorurteile zu entkräften und Menschen für dich zu gewinnen.

Willi Mernyi/Michael Niedermair: *Hetzer stoppen!*

ÖGB-Verlag, 2013, Audio-CD, 9,90 Euro, ISBN 978-3-7035-1628-3

Erhältlich in der ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien, Rathausstraße 21,
 Tel.: (01) 405 49 98-132, E-Mail: fachbuchhandlung@oegbverlag.at



Erfolgreicher Start der Freizeitoption

Kürzere Arbeitszeit oder Cash



Frühjahr 2013: Bei den Kollektivvertragsverhandlungen der Elektro- und Elektronikindustrie gelang ein innovativer Durchbruch. Erstmals wurde die Möglichkeit geschaffen, sich anstelle der Ist-Lohnerhöhung für mehr Freizeit zu entscheiden. 60 Stunden mehr Freizeit oder drei Prozent Lohnerhöhung standen danach bei der individuellen Entscheidung zur Auswahl.

Die Freizeitoption ist eine neue innovative Möglichkeit der Arbeitszeitgestaltung. Sie ist für jene ArbeitnehmerInnen sinnvoll, die aus persönlichen Gründen ihre Arbeitszeit verkürzen wollen, ohne jedoch in eine Teilzeitbeschäftigung gedrängt zu werden. Der Wunsch nach mehr Freizeit kann unterschiedliche Ursachen haben, z. B. die Absicht, mehr Raum für Familie, Bildung oder andere wichtige Projekte zu schaffen.

Nicht ohne Betriebsvereinbarung.

Wie die Freizeit letztendlich konsumiert wird, unterliegt verschiedenen Gestaltungsmöglichkeiten, dazu gehören z. B. die Verringerung der wöchentlichen Arbeitszeit oder ein variabler, stundenweiser Verbrauch oder zusätzliche freie Tage oder ein ganzwöchiger Verbrauch oder ein Ansparen über mehrere Jahre für längere Freizeitphasen. Der Krea-

tivität sind dabei keine Grenzen gesetzt. Jedoch bedarf es einer persönlichen Vereinbarung mit dem Unternehmen über die Form des Freizeitverbrauches. Eine andere Voraussetzung ist eine gültige Betriebsvereinbarung, bei der sich wieder einmal die wesentliche Bedeutung der Betriebsrätinnen und Betriebsräte vor Ort zeigt.

In der Praxis. Ob die Option angenommen wurde oder nicht, hat die „Glück auf!“ jetzt nachgefragt. Paul Kovanda, Arbeiterbetriebsratsvorsitzender und Zentralbetriebsrat bei Siemens, bestätigt das große Interesse der Kolleginnen und Kollegen an der Freizeitoption. Obwohl die Vorlaufzeit heuer doch kurz und die Regelung insgesamt neu war, haben sich bereits zehn Prozent der Siemens-Beschäftigten für mehr Freizeit entschieden. Eine genaue Beurteilung des Freizeitkonsumverhaltens in der gesamten Elektro- und Elektronikindustrie kann erst ab 2014 erfolgen. Eines kann jedoch schon jetzt konstatiert werden: Die Freizeitoption ist bei den Menschen angekommen.



Paul Kovanda
Arbeiterbetriebsratsvorsitzender und
Zentralbetriebsrat bei Siemens

Glück auf!: Wie viele Kolleginnen und Kollegen haben bei Siemens die neue Freizeitoption im Kollektivvertrag angenommen?

Paul Kovanda: „In unserem Betrieb hatten sich bis zum Stichtag im Sommer rund zehn Prozent der Beschäftigten für mehr Freizeit anstatt der Lohnerhöhung entschieden, wobei einige nachträglich noch gerne diese Option in Anspruch genommen hätten. Es ist also noch Potenzial für 2014 vorhanden.“

Wie war der Ablauf zur Betriebsvereinbarung?

„Wir haben interne Umfragen gemacht, um überhaupt mal den Freizeitoptionsbedarf zu erheben. Nachdem sich ein deutliches Interesse abzeichnete, haben wir viele offene Fragen wie die steuerliche Behandlung und die innerbetriebliche Umsetzung klären müssen. Danach ging es darum, in einer Betriebsvereinbarung die Rahmenbedingungen zu schaffen. Im Sommer gab es dann einen Stichtag, bis zu dem sich die Kolleginnen und Kollegen für diese Option entscheiden und melden konnten.“

Kann man jetzt schon ein Resümee ziehen?

„Man wird erst ab 2014 und in den Folgejahren wirklich beurteilen können, was Sache ist – nachdem die Beschäftigten angefangen haben, ihre Freizeit zu konsumieren, und allfällige weitere kollektivvertragliche Freizeitoptionen vereinbart wurden. Das Konsumverhalten wird Aufschluss darüber geben, welche Freizeitprioritäten den Kolleginnen und Kollegen wichtig sind. Es ist aber schon jetzt zu erkennen, dass es bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen Bedarf an zusätzlicher Freizeit gibt, da eine Minderung aller entgeltbezogenen Zahlungen in Kauf genommen wurde. Das Projekt wird einen zusätzlichen Schub bekommen, wenn die Beschäftigten ihre ersten Erfahrungen gesammelt und firmenintern kommuniziert haben.“

Gewerkschaftstag 2013

Auf der Zielgeraden

Im November wird die PRO-GE unter dem Motto „INNOVATIV – STARK – SOZIAL für eine gerechte Arbeitswelt“ ihren 2. Gewerkschaftstag abhalten. Im Vorfeld fanden die Landeskonferenzen, die Bundesjugend- und die Bundesfrauenkonferenz statt. **Volle Information unter www.gewerkschaftstag.at.**

SASCHA ERNSZT NEUER JUGENDVORSITZENDER

LINKTIPP:

Das vollständige Arbeitsprogramm auf www.proge-jugend.at

Let's stick together.

Wir bauen unsere Zukunft.



„Let's stick together. Wir bauen unsere Zukunft“ lautete das Motto der PRO-GE Bundesjugendkonferenz am 28. September. Der neue Bundesjugendvorsitzende Sascha Ernszt nannte unter anderem Kollektivvertragsverhandlungen und internationales Engagement als wichtige künftige Betätigungsfelder. „Dass Menschen für vielleicht 300 Euro im Monat

40 Wochenstunden arbeiten müssen oder dass Lehrlinge zu unbezahlten Überstunden angehalten werden, ist inakzeptabel. Jetzt ist unsere Zeit, dafür zu sorgen, dass solche Entwicklungen ein Ende finden.“ Ernszt tritt die Nachfolge von Jürgen Michlmayr an, der auf der Konferenz mit Standing Ovations verabschiedet wurde

Bildung ist für alle da. Ein zentrales Thema des neuen Arbeitsprogramms der PRO-GE Jugend ist Bildung. Der Zugang zu Bildung darf nicht von sozialer Herkunft oder vom Geschlecht abhängig sein. Gefordert wird unter anderem eine Ausweitung der Berufsorientierung in der Pflichtschule. Für die duale Ausbildung fordert die PRO-GE Jugend eine Qualitätsoffensive.

Investieren statt jammern. Von der Wirtschaft fordern die Delegierten mehr Verantwortungsbewusstsein und Investitionen in Lehrausbildung und Weiterbildung, denn nur über Fachkräftemangel zu jammern sei zu wenig. Die Jugendarbeitslosigkeit sei in Österreich zwar im EU-Vergleich „relativ gering, aber absolut unerträglich“.

Neues Bundesjugendpräsidium. Neben Sascha Ernszt wurden Jürgen Schrönkhammer, Roland Baumann, Manuel Trausnegger, Gernot Rilling und Melanie Ebster in das neue Bundesjugendpräsidium der Produktionsgewerkschaft gewählt.

GLEICHSTELLUNG: PRO-GE FRAUEN FORDERN MEHR TEMPO

LINKTIPP:

Das vollständige Arbeitsprogramm auf www.proge-frauen.at



„Es ist noch ein hartes Stück Arbeit, bis wir eine echte Wahlfreiheit für Frauen und Chancengleichheit erreicht haben. Wir müssen das Tempo erhöhen und Hürden abbauen“, sagte PRO-GE Bundesfrauenvorsitzende Renate Anderl bei der Bundesfrauenkonferenz am 13. und 14. September in Wien.

Immer noch würden zum Beispiel rund 35.000 Kleinkinderbetreuungsplätze fehlen. Die PRO-GE Frauen fordern daher ein ganztägiges, flächendeckendes, leistbares und vor allem qualitativ hochwertiges Kinderbildungsangebot für jedes Kind ab dem ersten Lebensjahr.

Erfolgsmodell Einkommensberichte. Ebenso sprechen sich die PRO-GE Frauen in ihrem neuen Arbeitsprogramm für eine Weiterentwicklung der Einkommensberichte aus.

Die Rahmenbedingungen schaffen. Weitere Forderungen aus dem Arbeitsprogramm sind unter anderem eine gesetzliche Verpflichtung zur Anrechnung aller Elternkarenzen und gleiche Aufstiegschancen auch für Teilzeitbeschäftigte. Diese sollen bei der Nachbesetzung von Vollzeitbeitsplätzen bevorzugt werden. Für öffentliche Ausschreibungen muss betriebliche Frauenförderung als Kriterium berücksichtigt werden, fordern die PRO-GE Frauen. Eine erneute klare Abfuhr erteilten die Delegierten einer vorzeitigen Anhebung des Frauenpensionsalters

Neues Bundesfrauenpräsidium. Renate Anderl wurde mit 100 Prozent der Stimmen als Vorsitzende bestätigt. Weiters wurden Renate Blauensteiner, Sandra Jurekovic, Andrea Nogler-Stark, Sabine Rauecker-Döll, Elfriede Schober, Andrea Schremser, Elisabeth Weinhofer, Gerlinde Konnerth, Silvia Nagele, Helga Supper und Petra Thaler in das PRO-GE Bundesfrauenpräsidium gewählt.

Bundesfrauenkonferenz



„Es ist noch ein hartes Stück Arbeit, bis wir eine wir eine echte Wahlfreiheit für Frauen und Chancengleichheit erreicht haben. Wir müssen das Tempo erhöhen und Hürden abbauen“.. sagte die PRO-GE Bundesfrauenvorsitzende Renate Anderl (oben) bei der Bundesfrauenkonferenz am 13. und 14. September in Wien.



Die PRO-GE Frauen fordern Maßnahmen zur Gleichbehandlung und Gleichstellung und Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben.



Bundesjugendkonferenz

Unter dem Motto „Let's stick together. Wir bauen unsere Zukunft!“ hielt die PRO-GE Jugend am 28 September 2013 ihre Bundesjugendkonferenz ab. „Wir haben so viel Mitbestimmung wie nie zuvor“, sagte der neue PRO-GE Jugendvorsitzende Sascha Ernszt (oben).



Ein zentrales Thema des Arbeitsprogramms der PRO-GE Jugend für die kommenden Jahre ist Bildung.



Landeskonferenz Steiermark



An der Spitze der Landesorganisation Steiermark kam es zu einem Wechsel. Andreas Martiner (li.), Betriebsratsvorsitzender der Andritz AG, wurde mit großer Mehrheit als Nachfolger von AK-Präsident Walter Rotschädl zum neuen PRO-GE Landesvorsitzenden gewählt. Die PRO-GE Steiermark vertritt rund 50.000 Mitglieder.



„Wir kämpfen jeden Tag erfolgreich für die Anliegen der Menschen.“ so PRO-GE-Landessekretär Josef Pesslerl.



Landeskonferenz Tirol

An der Tiroler Gewerkschaftsspitze kam es zu einem Generationswechsel. Auf der Landeskonferenz wählten die Delegierten Patrik Tirof (rechts unten) zum Landesvorsitzenden. Der 28-Jährige ist Vorsitzender des ArbeiterInnenbetriebsrates von GE Jenbacher und folgt nun dem langjährigen Vorsitzenden Norbert Klotz nach.



„In Tirol bilden rund 600 BetriebsrätInnen und 70 JVRs das Rückgrat der Gewerkschaft.“; betont PRO-GE-Landessekretär Robert Koschin (re.)



Landeskonferenz Salzburg



„Die Einhaltung des Kollektivvertrages, faire Löhne und Arbeitsbedingungen dürfen nicht gegen kurzfristige Wettbewerbsvorteile eingetauscht werden“, so der Landesvorsitzende Erwin Hillinger (oben), der mit 97 Prozent bestätigt wurde. Die PRO-GE Salzburg vertritt rund 10.000 Mitglieder.



Landessekretär Siegfried Schluckner (re.), hat im Sommer seinen Aufgabenbereich an PRO-GE-Sekretär Peter Eder übergeben.



Die Frauenkonferenz Salzburg bestätigte Gerlinde Konnerth (re.) als neue Frauenvorsitzende.



Bei der Jugendkonferenz Salzburg wurde Daniel Wolf (li.) als neuer Landesjugendvorsitzender gewählt.



Katastrophen in Bangladeschs Textilfabriken

Marken lassen Opfer im Stich

Über 1.200 Todesopfer und 2.600 Verletzte forderten der Einsturz des Rana Plaza im April 2013 und der Brand bei Tazreen Fashion im November 2012. Hinterbliebene und geschädigte Überlebende warten noch immer auf Entschädigung.



Bericht über Rana Plaza und die Folgen unter www.proge.at/international

LINKTIPP:

Mehr Information zu den Verhandlungen unter www.industrial-union.org

20 der 29 geladenen Firmen sind zu den Verhandlungen im September nicht einmal erschienen, berichtet Monika Kemperle, die als stellvertretende Generalsekretärin die Verhandlungen für IndustriALL Global Union leitet. „Die Betroffenen kämpfen täglich um ihre Existenz und das schon viel zu lange“, sagt Kemperle. „Sie hätten deutlich mehr Respekt verdient.“

Geradestehen für jahrelange Ignoranz. „Die westlichen Firmen sind mitverantwortlich für die Katastrophen“, stellt PRO-GE Branchensekretär Gerald Kreuzer klar. Gewerkschaften und NGOs haben immer wieder auf die Sicherheitsmängel in den Textilfabriken Bangladeschs hingewiesen. „Die

Warnungen wurden jahrelang ignoriert. Dass der Anstand fehlt, gegenüber den Opfern wenigstens finanziell für diese Versäumnisse geradezustehen, ist beschämend.“

Recht, nicht Almosen. IndustriALL fordert insgesamt rund 61 Millionen Euro für die Opfer von Rana Plaza und Tazreen. 45 Prozent sollen die westlichen Kundenfirmen aufbringen, 55 Prozent Fabrikbesitzer und Regierung in Bangladesch. Die Forderung errechnet sich aus ILO-Konvention 121, die Schadensersatz bei Arbeitsunfällen regelt. „Wir verlangen nichts Unmögliches, sondern nur was den Betroffenen nach internationalem Recht zusteht“, betont Kemperle.

ÖGB-Projekt weltumspannend arbeiten

Die andere Griechenlandhilfe

Das griechische Gesundheitssystem ist durch den neoliberalen Sparwahn schwer beschädigt. Mit der „Klinik der Solidarität“ hilft weltumspannend arbeiten jenen, die sich medizinische Versorgung nicht mehr leisten können.



LINKTIPP:

Mehr Informationen unter www.klinik-der-solidaritaet.at

Ein Ende der Krise in Griechenland ist nicht in Sicht. Massive Einsparungen im Sozial- und Gesundheitsbereich haben breite Teile der Bevölkerung in die Armut gestürzt. Eine faschistische Partei terrorisiert und mordet auf den Straßen. Auch die

Rechte von ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften wurden empfindlich eingeschränkt, Mindestlohn und Arbeitslosengeld gekürzt, das Pensionssystem massiv beschnitten und das Kollektivvertragssystem zerstört.

Besonders betroffen ist das Gesundheitssystem. Ein Drittel der Griechinnen und Griechen ist nicht mehr krankenversichert; Medikamente gibt es nur noch gegen Barzahlung. Die „Klinik der Solidarität“ in Thessaloniki hilft Menschen, die keinen Zugang zum Gesundheitssystem haben. Die Ambulanz wird auf ehrenamtlicher Basis in Räumlichkeiten des Gewerkschaftsverbandes GSEE geführt.

Spenden werden Griechenland nicht retten können und ersetzen auch nicht den Kampf gegen die verheerende Sparpolitik. Deine Spende hilft aber konkret dort, wo das Gesundheitssystem kaputtgespart wurde.

Setze ein Zeichen der Solidarität!

Kontoinhaber: weltumspannend arbeiten

Kontonummer: 46610093809, BLZ: 14.000 (BAWAG P.S.K.)

Alle Spenden werden direkt an die „Klinik der Solidarität“ übergeben.



**Kroatien unter Wasser:
Auch der Tourismus kann die hohe
Arbeitslosigkeit nicht senken.**

Internationale Gewerkschaften

Kroatische (Alb)träume

Das jüngste EU-Mitgliedsland steckt tief in der wirtschaftlichen Krise. Die Jugendarbeitslosigkeit ist dramatisch. Die europaweite Ausbildungsgarantie für Jugendliche sorgt für einen Hoffnungsschimmer.

Kroatien-Facts:

- **Bevölkerung:** 4,2 Mio.
- **unselbstständig Erwerbstätige:** 1,3 Mio.
- **Arbeitslosenquote (Juni):** 18,3 Prozent
- **Jugendarbeitslosigkeit:** 51 Prozent
- **Durchschnittslohn:** rund 720 Euro
- **Mindestlohn (brutto):** rund 374 Euro
- **1. Juli 2013:** EU-Beitritt

Obwohl die EU-Kommission und die kroatische Regierung bemüht waren, den offiziellen Beitritt Kroatiens am 1. Juli zu einem Großereignis zu machen, war der Mehrheit der Bevölkerung doch nicht so zum Feiern zumute, wie Darko Šeperić vom größten kroatischen Gewerkschaftsdachverband SSSH betont. Vor allem gibt es keine Anzeichen, dass die kroatische Wirtschaft so schnell aus der wirtschaftlichen Krise kommen wird. Das Bruttonationalprodukt sank 2012 um zwei Prozent. Die Inflation stieg bei sinkenden Reallöhnen auf 4,4 Prozent.

Dabei ist eine wirtschaftliche Erholung dringend erforderlich, denn im Zuge der Krise ist die Arbeitslosigkeit auf 18 Prozent gestiegen. Besonders dramatisch ist die Situation der unter 25-Jährigen: Kroatien hat nach Spanien und Griechenland die dritthöchste Jugendarbeitslosigkeit. Nach Berechnungen der EU soll sie über 50 Prozent betragen.

Die kroatischen Gewerkschaften befürchten nun eine massive Abwanderung von jungen kroatischen Fachkräften. Darum hatte die Regierung bereits vor dem EU-Beitritt ein Programm gestartet, das jungen Arbeitslosen (ab 30 Tagen Arbeitslosigkeit) ein Arbeitspraktikum zur beruflichen Aus- und Weiterbildung ermöglicht. Ab 1. Juli werden nun zusätzlich auch die Ausbildungskosten übernommen. Als EU-Mitgliedsland mit einer Jugendarbeitslosigkeit von über 25 Prozent hat Kroatien nun die Möglichkeit, die im Frühjahr 2013 beschlossene europaweite Jugendgarantie umzusetzen, die jungen Menschen unter 25 Jahren gewährleisten soll, dass ihnen eine Arbeitsstelle, weiterführende Bildung, eine Lehrstelle oder ein Praktikum innerhalb von vier Monaten nach Beginn ihrer Arbeitslosigkeit angeboten wird.

Wiederbelebung. Für Šeperić eine einmalige Chance für Kroatien, nun nach gemeinsamen EU-Rahmenkriterien eigene Arbeitsmarktinitiativen durchzuführen. Für den Erfolg ist aber eine weitere Stärkung des sozialen Dialogs erforderlich. So wurde im Juli zwischen Regierung und kroatischen Sozialpartnern eine Vereinbarung über eine Wiederbelebung des sogenannten Wirtschafts- und Sozialrats beschlossen, um Maßnahmen zum Beispiel zur Lohn- und Beschäftigungspolitik besser umzusetzen.

Betriebsreportage

Kompressoren aus Fürstenfeld

ACC Austria in Fürstenfeld hat eine turbulente Zeit hinter sich. Durch den früheren italienischen Eigentümer war das Unternehmen ins Trudeln geraten und musste Insolvenz anmelden. Eine geplante Übernahme durch die deutsche SECOP soll jedoch nachhaltig den ACC-Standort Fürstenfeld und somit die rund 650 Industrie-Arbeitsplätze in der Region sichern.

Die steirische Produktionsstätte ist führend in der Herstellung von hermetischen Kältekompressoren für Kühlschränke, Kühltheben und Gefrierschränke. Um am dynamischen Weltmarkt bestehen zu können, sieht ACC Austria die MitarbeiterInnen als entscheidenden Erfolgsfaktor. Dazu gehört auch die Forschung und Entwicklung vor Ort.

Der Arbeiterbetriebsratsvorsitzende Franz Zehner bestätigt das soziale Klima und setzt sich für die Kolleginnen und Kollegen im Unternehmen ein. Gerade in schwierigen Zeiten sind die BelegschaftsvertreterInnen ein wichtiger Stützpunkt für die Beschäftigten. Während des Dialogs in der Insolvenzzeit stand die Gewerkschaft durch direkte Betreuung und Beratung dem Unternehmen zur Seite.







SKF World Union Committee

Vorreiter in internationaler Betriebsratsarbeit

Seit 1975 vertritt das World Union Committee die Interessen von SKF-Beschäftigten weltweit. VertreterInnen aus 18 Ländern trafen sich von 17. bis 19. September in der Wiener ÖGB-Zentrale zur jährlichen Konferenz dieses Weltbetriebsrats.

Insgesamt vertritt das World Union Committee rund 39.000 der weltweit rund 46.000 SKF-Beschäftigten und umfasst 22 Länder. „Und wir wachsen weiter“, wie Committee-Vorsitzender Kenet Carlsson nicht ohne Stolz anmerkt. Anspruch auf einen Sitz im Gremium besteht für VertreterInnen der ArbeiterInnen der SKF-Produktionsstandorte, deren Gewerkschaften Mitgliedsorganisationen von IndustriALL Global Union sind.

8 Jahre für ArbeitnehmerInnenrechte.

Das World Union Committee von SKF wurde 1975 gegründet und ist damit der am längsten bestehende Weltbetriebsrat in der Metallindustrie und der einzige, der noch vor Einführung der Europäischen Betriebsräte (EBR) in der EU eingerichtet wurde. Eine weitere Besonderheit des World Union

Committee: Obwohl das Kriterium der Unabhängigkeit der Gewerkschaften nicht erfüllt ist, ist auch China vertreten. „SKF betreibt in China 18 Fabriken. Wir wollen und wir müssen uns auch dort aktiv um die Arbeitsbedingungen kümmern“, sagt Carlsson.

Das Committee tagt einmal jährlich. Dazwischen versorgt Carlsson, der gemäß schwedischem Recht auch im Aufsichtsrat von SKF sitzt, seine Kolleginnen und Kollegen auf elektronischem Weg mit Informationen. „Für die Betriebsräte in den einzelnen Standorten ist das ausgesprochen wertvoll, Information direkt aus der höchsten Ebene zu erhalten“, bestätigt Josef Brandstötter, Betriebsratsvorsitzender des SKF-Werks in Steyr und österreichischer Delegierter im Weltbetriebsrat.

Global Framework Agreement. Als bisher größten Erfolg des Weltbetriebsrates nennt Carlsson die 2003 abgeschlossene weltwei-

te Rahmenvereinbarung. Darin bekennt sich SKF zu seiner sozialen Verantwortung und garantiert grundlegende Rechte der ArbeitnehmerInnen, unter anderem das Recht zu gewerkschaftlichem Zusammenschluss und kollektiven Verhandlungen sowie den Schutz vor Diskriminierung.

Die derzeit größte Herausforderung für das World Union Committee sieht Carlsson in der Flexibilität, die den Beschäftigten zunehmend abverlangt wird. „Wir brauchen bessere Lösungen für das Problem als den Rückgriff auf prekäre Beschäftigungsformen.“ In Wien beriet das Committee über einen weltweiten Sozialfonds, mit dem negative Auswirkungen auf die ArbeitnehmerInnen finanziell abgefangen werden sollen.

Kooperation als Gegengewicht. Doch wie gehen ArbeitnehmervertreterInnen damit um, wenn Standorte innerhalb eines Konzerns in Wettbewerb gesetzt werden? „In der Krise waren bei manchen schon protektionistische Ansätze merkbar“, berichtet Carlsson. „Aber es herrscht ein grundlegendes Verständnis, dass wir Teil eines weltweit agierenden Unternehmens sind und wir langfristig nur über gegenseitiges Vertrauen und Kooperation die Interessen der Beschäftigten bestmöglich wahren können.“

Sozialplan bei Triumph Österreich

Hilfe beim Neustart

Für 350 Beschäftigte von Triumph Österreich wird der 31. Oktober der letzte Arbeitstag beim traditionsreichen Wäschehersteller sein. Zentralbetriebsrat und PRO-GE haben einen Sozialplan für die Betroffenen erreicht.

Bereits vor drei Jahren hat die österreichische Tochter des Schweizer Konzerns das Werk in Hartberg geschlossen, nun folgen die Werke Oberpullendorf und Aspang. In den verbleibenden Werken Oberwart und Wiener Neustadt werden ebenfalls Arbeitsplätze abgebaut. „Trotz größtmöglicher Anstrengung konnten wir den Konzern nicht dazu bewegen, die Entscheidung zu revidieren“, bedauert PRO-GE Branchensekretär Gerald Kreuzer.

Zusätzliche Mittel für Härtefälle. Der vom Zentralbetriebsrat mit Unterstützung der PRO-GE ausgehandelte Sozialplan beinhaltet unter anderem eine Arbeitsstiftung. „Die angebotenen Qualifizierungsmaßnahmen können bis zu einer kompletten Ausbildung in einem neuen Beruf gehen“, berichtet Gabi Gruber, Vorsitzende des Zentralbetriebsrats. Weiters wird Unterstützung und Beratung bei der Suche nach einer neuen Beschäftigung angeboten. „Diese Maßnahme kann schon jetzt und nicht erst nach Schließung in Anspruch genommen werden“, erläutert Gruber. „Für Kolleginnen in einer besonders schwierigen Situation konnten wir noch zusätzliche finanzielle Leistungen erreichen.“

„Dieses Ergebnis war nur durch den großen persönlichen Einsatz der Kolleginnen und



Kollegen im Betriebsrat und unseres Branchensekretärs möglich“, betont Gruber. „Ohne Betriebsrat und Gewerkschaft hätte es diesen Sozialplan nicht gegeben.“

Arbeitsstiftung bei Hamburger Frohnleiten

Ungewöhnliche Schritte

Betriebsschließungen bedrohen die Existenz der Beschäftigten und deren Familien. Auch als die Hiobsbotschaft die rund 100 ArbeitnehmerInnen der traditionsreichen Papierfabrik Hamburger in Frohnleiten erteilte, war das Entsetzen groß.



PRO-GE Sekretär Helmut Weber mit Betriebsrat Thomas Schwindsackl.

Die Verhandlungen bei Betriebsschließungen sind schwierig. Das Ziel des Betriebsrates: Sowohl ein Sozialplan als auch eine Arbeitsstiftung für die größten Härtefälle. Doch in Frohnleiten wurden die Gespräche zu einem Geduldspiel, eine Einigung am Verhandlungstisch schien unmöglich.

Schlichtungsstelle. Bei Hamburger verweigerte das Unternehmen vernünftige Sozialplanlösungen. Vier Verhandlungen brachten keine annehmbaren Erfolge. Betriebsrat und Gewerkschaft beschlossen, die Angelegenheit vor die Schlichtungsstelle in Graz zu bringen. Erst dort konnte ein Vergleich über die Errichtung eines Sozialplans und einer Arbeitsstiftung erzielt werden.

Drei Jahre Qualifizierungsmaßnahmen.

Für ArbeiterInnen-Betriebsrat Thomas Schwindsackl steht außer Zweifel: „Ohne den Weg zur Schlichtungsstelle, ohne Unterstützung der Gewerkschaft und der Betriebsratskörperschaft wäre es zu keinem positiven Ausgang gekommen. Das Ergebnis kann sich jetzt sehen lassen.“ Die Beschäftigten haben die Möglichkeit, drei Jahre lang in einer Arbeitsstiftung Weiterbildungsmaßnahmen in Anspruch zu nehmen. Auch der betreuende PRO-GE Sekretär Helmut Weber kommentiert den ungewöhnlichen Schritt zur Schlichtungsstelle so: „Wäre es nach dem Unternehmen gegangen, wären die Betroffenen mit einer Kleinigkeit abgeseigt worden. Die hart errungene Lösung ermöglicht den Kolleginnen und Kollegen eine Ausbildung mit dem Ziel, den Wiedereinstieg am Arbeitsmarkt zu schaffen.“

Achtung Kamera



Die neuen Lehrlinge von GRASS GmbH beginnen ihre Ausbildung im Herbst 2013. Für sie ist die PRO-GE Mitgliedschaft Ehrensache.

Die erfolgreichen SOZAK-Absolventinnen der PRO-GE (v. l. n. r.): Roland Auböck (Siemens AG Österreich), Hermann Edler (Brau Union Österreich), Helga Oberleitner (PRO-GE Wien), Roland Wastian (Donau Chemie AG), Helga Gottenhumer (MIBA Sinter Austria), Thomas Giner (PRO-GE Tirol), Gernot Ulbert (Siemens Gebäudemanagement & Service GmbH), Michael Oppenberger (Siemens AG Österreich), Patrizia Pauer (Diamond Aircraft Industrie GmbH), Bildungssekretär Reinhard Altenhof (im Bild rechts) gratulierte im Namen der PRO-GE zum erfolgreichen Abschluss.



Der 5. August war der erste und aufregende Arbeitstag für die zwölf Lehrlinge der Firma WWW-Krobath Gebäudetechnik in Feldbach. Alle zwölf Lehrlinge sind neue Mitglieder der PRO-GE.



Jubilär-Ehrung im Bezirk Wels. Rund 70 Jubilare wurden für ihre langjährige Gewerkschaftszugehörigkeit geehrt und ihnen wurde für ihr Engagement und ihren Einsatz für unsere Bewegung gedankt. Im Bild die Jubilare mit 65 Jahren Mitgliedschaft.



Bundeskanzler Werner Faymann mit PRO-GE Vorsitzendem Rainer Wimmer auf Betriebsbesuch bei Kremsmüller Industrieanlagenbau.



Der Bundesjugendvorstand der PRO-GE hat im Sommer sein Arbeitsprogramm für das nächste Jahr erarbeitet. Unter dem Motto „Let's stick together. Wir bauen unsere Zukunft!“ wurde die Bundesjugendkonferenz vorbereitet.





Foto: M. Schuppich - Fotolia.com

Eine Runde aussetzen: Kleiner Ärger im Spiel, großer Ärger im realen Arbeitsleben.

gehalten worden. Kündigungsentschädigung und Ersatzleistungen stünden daher nicht zu. Eine Zusage zur Wiedereinstellung hätte es gar nicht gegeben. Und die Abfertigungen könne er sich schlicht nicht leisten.

Alles, was Recht ist

Eine teure Zwangspause

Sogenannte Aussetzverträge sind an sich schon problematisch genug. In einem aktuellen Fall der PRO-GE Rechtsabteilung hat der Arbeitgeber aber auch die Wiedereinstellungszusage nicht eingehalten. Für die drei betroffenen Arbeiter standen Ansprüche von insgesamt rund 100.000 Euro auf dem Spiel.

LINKTIPP:

Mehr Infos unter
www.proge.at/recht

Fritz B., Jochen B. und Markus K.* bildeten zusammen schon drei Viertel der Belegschaft eines kleinen Wiener Installateurbetriebs. Im Dezember 2011 wurden die drei vom Firmeneigentümer informiert, dass er wie schon öfters in den vergangenen Jahren die Arbeitsverhältnisse wegen der schlechten Auftragslage zwischenzeitlich auflösen müsse, er garantierte aber eine Wiedereinstellung ab März. Ende Februar teilte der Arbeitgeber allerdings mit, noch immer keine Aufträge zu

haben, und verlängerte die Aussetzverträge um ein weiteres Monat. Ende März informierte der Unternehmer schließlich, dass er die Gewerbeberechtigung zurücklege. Die Arbeitsverhältnisse seien somit beendet.

Keine Entschädigung? Nicht einmal die Abfertigungen erhielten die Arbeiter ausbezahlt. Sie wandten sich an die PRO-GE. Diese forderte für die Gewerkschaftsmitglieder eine Kündigungsentschädigung für die Dauer der Kündigungsfristen ab dem Zeitpunkt der zugesagten Wiedereinstellung inklusive Sonderzahlungen und Urlaubersatzleistung sowie die Abfertigungen ein. Der nunmehr ehemalige Unternehmer verweigerte die Zahlung; Die Kündigung sei ja eigentlich bereits im Dezember erfolgt, alle Kündigungsfristen seien bei Beendigung mit Ende März also ein-

Erfolgreiche Klage. Das Arbeits- und Sozialgericht bestätigte nun alle Ansprüche der Arbeiter. Lediglich im letzten Punkt hatte die Richterin mit dem ehemaligen Unternehmer ein Einsehen. Da seine finanziellen Mittel kaum ausreichen würden, die restlichen Forderungen zu begleichen, seien die Abfertigungen tatsächlich nicht zumutbar. Diese wurden schließlich aus dem Insolvenzentgeltfonds bezahlt. Die Kläger zeigten sich schlussendlich noch kulant und verzichteten außergerichtlich auf einen Teil der Ansprüche, anstatt ihren ehemaligen Chef auf das Existenzminimum pfänden zu lassen. Dennoch erhielten sie insgesamt, inklusive Abfertigungen, fast 90.000 Euro brutto.

Informieren statt draufzahlen. „Aussetzverträge sind generell problematisch. Auftragschwankungen gehören zum unternehmerischen Risiko und sollten nicht ArbeitnehmerInnen und Sozialversicherung umgehängt werden“, sagt Robert Hauser, Leiter der PRO-GE Rechtsabteilung. Rechtlich ist eine Wiedereinstellungszusage für den Arbeitgeber jedenfalls bindend, erläutert Hauser. „Die Entscheidung, ob das Arbeitsverhältnis tatsächlich wieder aufgenommen wird oder nicht, liegt dann bei dem oder der Beschäftigten.“ Im Streitfall sind allerdings Beweise nötig. „Wenn man sich schon darauf einlässt, sollte zumindest nicht nur eine mündliche Zusage akzeptiert werden“, warnt der Rechtsexperte. Und wie immer gilt: Besser bei der Gewerkschaft nachfragen, als später das Nachsehen haben!

* Alle Name von der Redaktion geändert.

Die ExpertInnen der PRO-GE Rechtsabteilung helfen bei rechtlichen Fragen unter der **Tel.-Nr. 01/534 44-69142** bzw. **per E-Mail an recht@proge.at** gerne weiter.

Spezialangebot **Thermentage** im Hotel **Bad Hofgastein**

**Bleib 4 Nächte,
zahl' 3!**

Herbst 2013: 22. November bis 1. Dezember
Tägliche Anreise möglich!

Leistungen

- ✓ REICHHALTIGES FRÜHSTÜCKSBUFFET
- ✓ ABENDBUFFET ODER WAHLWEISE MITTAGESSEN
- ✓ FREIE BENÜTZUNG VON SAUNA & DAMPFBAD IM HAUS
- ✓ FREIER EINTRITT IN DIE ALPENTHERME GASTEIN
(mit Relax-, Family-, Sauna- & Ladies World)

Die Therme ist bequem durch einen unterirdischen Verbindungsgang direkt vom Hotel Bad Hofgastein aus im Bademantel erreichbar. Die Gratisbenutzung der Alpentherme Gastein beginnt mit der Entgegennahme des Zimmerschlüssels ab 15:00 Uhr und endet am Abreisetag um 08:00 Uhr.

Anmeldung: **PRO-GE Urlaub & Seminar GmbH**

1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Telefax (01) 53 444-103211, E-Mail: urlaub@proge.at

Reservierung & Information Telefon (01) 53 444-69707 DW

Irrtum sowie Satz- und Druckfehler vorbehalten! Foto: Alpentherme Gastein, Stand: September 2013

Pauschalpreise 4 Nächte Halbpension

PRO-GE Erwachsene	€ 186,-
ÖGB Erwachsene	€ 228,-
Nichtmitglieder Erwachsene	€ 294,-

Preise pro Person inkl. aller Steuern exkl. Kurtaxe/Ortstaxe

Kinder vor dem 6. Geburtstag logieren frei im Zimmer der Eltern. Aufzahlung Halbpension für Kinder von 4 - 5 Jahren € 10 pro Nacht. Stichtage sind der 4. und 6. Geburtstag. Aufzahlung für Einzelpersonen im Doppel- bzw. Mehrbettzimmer sowie Kinder im eigenen Zimmer € 9 pro Nacht.

**PRO-GE**
Urlaub & Seminar GmbH

SOMMER 2014 - Hauptsaison Kärnten: 28.06.2014 bis 30.08.2014

Die **Anmeldung** für die Hauptsaison in Krumpendorf und Velden ist wieder **in den ersten beiden Dezemberwochen 2013** in der PRO-GE Urlaub & Seminar GmbH möglich. **Wie immer werden PRO-GE Mitglieder mit schulpflichtigen Kindern vorrangig berücksichtigt.** Zusagen ergehen schriftlich bis Mitte Februar 2014. Buchungen für die Vor- und Nachsaison sind jederzeit möglich. www.proge.at/urlaub

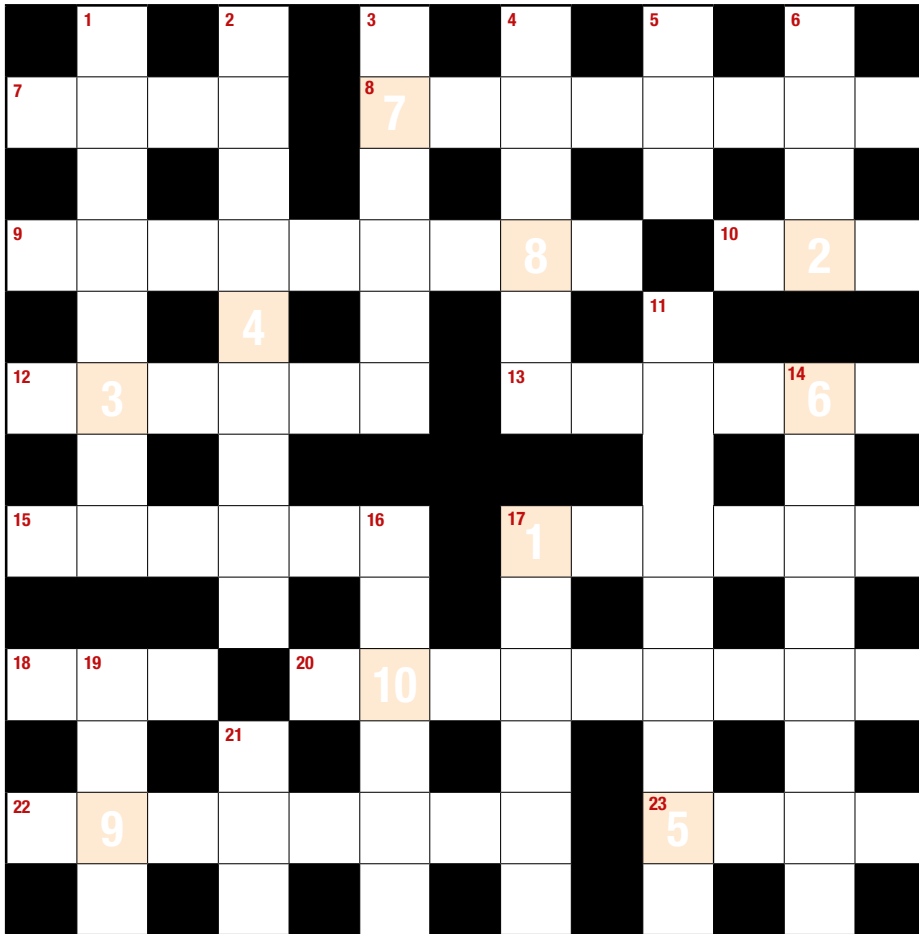
Preisrätsel



Zu gewinnen gibt es:

einmal Wunderland von Pegasus-Spiele

HINWEIS: Die Buchstaben in den unterlegten Feldern ergeben aneinandergereiht ein spaßiges Event.



Puzzle: Vera Ribarich

LÖSUNGSWORT aus der vorigen Ausgabe GLÜCK AUF!: SUEDWIND

Der GewinnerInnen der Ausgabe 3/2013 GLÜCK AUF!

Brigitte Kreuzer, Regau; Manfred Pözl, Bruck/Mur; Georg Oberhauser, Wien; Michael Fartelli, Heinfels

Schicke das Lösungswort mit **Namen, Mitgliedsnummer und Adresse** bis 18. Nov. 2013 an **PRO-GE**, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien (bitte ausreichend frankieren) oder per Mail an glueckauf@proge.at

Waagrecht:

- 7 Drei Musiker, die Anfang der 80er-Jahre sehr „Da da da“ waren
- 8 Nach dem Arbeitstag populäre Option(!) von S. 9
- 9 Kleinste Einheit der Joggingstrecke? Maß für den Stoff, aus dem Maßanzüge sind!
- 10 In aller *Knappheit*: Was ist hier runterzuladen?
- 12 Düngt man *damit* zu sehr den Grund, wird's Trinkwasser leicht ungesund
- 13 So ausgeschlafen solltest du laut Volkslied nebst allweil lustig und frisch sein
- 15 Psst! So namenlos ist ganz 4 senkrecht!
- 17 Was guckst du? Als Astronom auf diese himmlischen Körper! (Mz.)
- 18 Bisschen egoistisch: Das bin doch ... – meinte Autor Glavinic im Roman
- 20 Unnachgiebig auf Metaller-Art – so wird um den KV gekämpft (siehe S. 4)
- 22 So ein Schwammerl ist in jedem Körperl gern gesehen
- 23 Bekleidungsmäßig gehört er zur Ober-Schicht, geeignet für Trenzer und Patzer – batterlapapp!

Senkrecht:

- 1 Meerheitsfähiges Urlaubsland, steckt trotzdem in der Krise (siehe S. 15)
- 2 Treffende Auftaktveranstaltung, ging am 20. September über die Bühne (siehe S. 4)
- 3 Das Angebot kann ich zusammenstellen, wenn ich *O. treff?*
- 4 Vertraulich gesagt: Wie hält der Secret-är alle Akten?
- 5 Weder und noch oder, aber Abk.?
- 6 Mit dem Hinweis beginnen alle *Tippfehler*
- 11 Alimente vom Entertainer? Fast ein Gespräch, ...un-gefähr!
- 14 Wofür's im Kino Karten gibt, ist hinterteils höchst un- beliebt (1–2 Worte)
- 16 Die ist hierzulande nach reiflicher Prüfung zu beste- hen
- 17 Knalleffekt, auch ohne Gewehr: Ein bissl ballistisch, wer so die Piste runterbrettert
- 19 Als Folksänger war er sein Geld(!) wert – laut S. 9 Alternative zu 8 waagrecht
- 21 Einmal Apfelsaft für den Jedi-Meister!



Ein Ersuchen des Verlages an den/die Briefträger/in:

Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

 Straße/Gasse / Haus-Nr. / Stiege/ Stock/ Tür

Postleitzahl / Ort

Besten Dank

Herbstlohnrunde 2013

Metallindustrie & Bergbau



WIR FORDERN:

- **Höhere Löhne & Gehälter**
Weil unsere Arbeit das wert ist!
- **Mehr Freizeit**
bei besonders belastender Arbeit
- **Verbesserungen**
bei Karenzen und Dienstreisen

**EINEN GEMEINSAMEN
KOLLEKTIVVERTRAG!**